

16.03.2021

# Antrag

der Fraktion der SPD

## Wohnungslosigkeit in NRW: Partizipationsmöglichkeiten der Menschen verbessern!

### I. Ausgangslage

Nach Angaben des statistischen Landesamtes IT.NRW sind zum Stichtag 30. Juni 2019 mehr als 46.000 Personen in Nordrhein-Westfalen von den Kommunen und von Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in freier Trägerschaft als wohnungslos gemeldet worden (siehe hierzu auch: Sozialberichterstattung NRW. Kurzanalyse 01/2020 vom Juli 2020). Für diese Menschen ist die Versorgung mit Wohnraum als elementares Grundbedürfnis und als Zugang zu einem menschenwürdigen Leben nicht erfüllt.

Ohne Wohnung drohen sie an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden. Insbesondere in den wirtschaftlich dynamischen Regionen in Nordrhein-Westfalen kommt es vermehrt zu Wohnungsengpässen und zu steigenden Mieten. Der jüngste Sozialbericht NRW der Landesregierung führt hierzu aus: „Die stark wachsenden Regionen sind die vier Städte Düsseldorf, Köln, Bonn und Münster. Die durchschnittlichen Preisniveaus der Angebotsmieten und deren Entwicklung differenziert nach den vier Regionstypen zeigen die wachsende Anspannung, aber auch die regionalen Unterschiede. Die Mieten sind dabei in den stark wachsenden Städten auf dem höchsten Niveau und auch am stärksten gestiegen. Gleichzeitig ziehen diese Städte aufgrund ihrer Größe den Mittelwert für Nordrhein-Westfalen nach oben.“ (siehe hierzu: Sozialbericht NRW 2020, VORLAGE 17/4607, S. 96).

Aufgrund der angespannten Lage am Wohnungsmarkt droht daher, dass die Zahl der Wohnungslosen weiter zuzunehmen wird. Zielgerichtete Prävention wird deshalb immer wichtiger. Prävention trägt dazu bei, Wohnungslosigkeit mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgekosten im Vorfeld zu vermeiden, bestehende Wohnverhältnisse zu sichern und die Handlungsfähigkeit von Menschen in Wohnungsnotfällen zu stärken. Hierzu sind bedarfsgerechte Hilfen und Strukturen in den Kommunen erforderlich und weiter auszubauen. Ein wesentlicher Aspekt hierbei ist, dass die Partizipation der von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen weiter gestärkt werden muss. Die Betroffenen sollten mehr als bisher in die Verbesserung der Hilfeangebote und deren Ausgestaltung einbezogen werden. Bisher scheitert Partizipation oft an einem traditionellen Hilfeverständnis und an den unterschiedlichen Milieubindungen der Beteiligten.

Trotzdem können geeignete Partizipationsverfahren identifiziert und als gute Beispiele für eine stärkere Beteiligung von Wohnungslosen in NRW angewandt werden. In diesem Zusammenhang wurde im Januar 2020 anlässlich einer Fachtagung in Hannover ein Modellprojekt „Koordinierungsstelle der Selbstvertretung wohnungsloser Menschen“ vorgestellt. Die Koordinierungsstelle orientiert sich am Leitbild der Selbstvertretung

Datum des Originals: 16.03.2021/Ausgegeben: 17.03.2021

wohnungsloser Menschen. Sie versteht sich als Plattform der Selbstvertretung wohnungsloser und ehemals wohnungsloser Menschen. Ihr Engagement dient der Überwindung von Armut, Ausgrenzung, Entrechtung und Wohnungslosigkeit. Gruppen, Vereine, Einzelpersonen, Projekte und Initiativen sollen stärker vernetzt werden und besser zusammenarbeiten. Ihre wesentlichen Aufgaben sind die Aufnahme von Kontakten zu wohnungslosen und ehemals wohnungslosen Menschen, die an der Selbstvertretung mitwirken wollen. Daneben sollen bestehende Netzwerke bei der Ausarbeitung neuer Einzelvorhaben und neuer Projekte unterstützt werden. Ein Fokus liegt auf der Herstellung von Kontakten, Beratung und Kommunikation zu Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, auch um Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote zu schaffen. Zudem gilt es Kontakte zur Wissenschaft, Politik, Verwaltung und weiteren maßgeblichen gesellschaftlichen Institutionen herzustellen und gemeinsam Verbesserungen im Bereich der Hilfen für wohnungslose Menschen zu erarbeiten.

## **II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,**

1. ein Modellprojekt für eine Koordinierungsstelle der Selbstvertretung wohnungsloser Menschen in NRW zu starten und dafür entsprechende Haushaltsmittel bereit zu stellen,
2. eine Studie in Auftrag zu geben, um gezielt zu erforschen wie Selbstbestimmung, Teilhabe und Partizipation wohnungsloser Menschen gestärkt werden können,
3. die Thematik der Stärkung der Selbstvertretung wohnungsloser Menschen zu einem Beratungspunkt der Konferenz der Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales (ASMK) im Jahr 2021 zu machen.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Lisa-Kristin Kapteinat  
Josef Neumann

und Fraktion